



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

HISTORISCHES SEMINAR
NEUESTE GESCHICHTE UND ZEITGESCHICHTE
PROF. DR. WOLFRAM SIEMANN (im Ruhestand)



Prof. Dr. Siemann, Allgäuer Weg 1, D-86559 Adelzhausen

PHDr. Blanka Kovářová
Oddělení vědy FF UK v Praze
Nám. Jana Palacha 2
116 38 Praha 1

Czech Republic / Česká republika

Prof. Dr. Wolfram Siemann

Telefon +49 (0)8258 620
Telefax +49 (0)8258 928918
E-Mail:
WSiemann@t-online.de
Homepage:
<http://www.ngzg.geschichte.uni-muenchen.de/personen/emeriti/siemann/index.html>

Postanschrift:
Allgäuer Weg 1
D-86559 Adelzhausen

Adelzhausen, 23. April 2013

Gutachten

zur Habilitationsschrift von **Miroslav Šedivý** zum Thema: „*Metternich, the Great Powers and the Eastern Question*“. 3 Teile, 868 Seiten. 2012

Habilitační práce v oboru Světové dějiny a obecné dějiny. Předloženo k habilitačnímu řízení na Filozofické fakultě Univerzity Karlovy

Vorbemerkung:

Diese Habilitationsschrift fügt sich ein in die großen und traditionsreichen Untersuchungen zur Geschichte der internationalen Politik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (z.B. *Charles Webster, Henry Kissinger, Paul W. Schroeder, Matthias Schulz*); ihr Thema ist eng verbunden mit der Entstehung, Funktionsweise und Ausgestaltung der so genannten Pentarchie der fünf Großmächte. Sie erschließt daraus ein Problemfeld, das bisher bei der Behandlung der internationalen Beziehungen sträflich vernachlässigt worden ist: die Bedeutung der Orientalischen Frage und überhaupt die Rolle des Osmanischen Reiches im Zusammenhang mit der Gleichgewichtspolitik, welche durch die Grundsätze des Wiener Kongresses von 1815 etabliert worden war.

Der Verf. geht nicht aus von einer großen These, welcher er dann seine ganze Argumentation unterzuordnen hätte. Im Gegenteil: Er erblickt in einem solchen Verfahren die Gefahr, voreingenommen an die Sache heranzugehen. Ihm geht in erster Linie darum, zunächst das zu leisten, woran es bisher mangelte: Er will zur Orientalischen Frage im Horizont der Habsburgermonarchie und der Pentarchie aus den originalen ungedruckten Quellen einen neuen Kenntnisstand herstellen. Auf diesem Fundament formuliert er im Laufe der Argumentation und dann abschließend thesenhafte Aussagen, die das bisherige Geschichtswissen und -bild revidieren sollen. Es geht ihm zunächst um Rekonstruktion, nicht um Deduktion.

Deshalb erarbeitet er seine Materie konsequent aufeinander aufbauend in Teilschritten – in 31 Kapiteln von jeweils ca. 25 Seiten. Er folgt überwiegend der Chronologie, schiebt aber mehrfach Kapitel dazwischen, welche epochal übergreifenden, systematischen Zuschnitt haben (Kap. 12, 14, 22). Da er unermesslich akribisch die Wissensgrundlagen für ein kaum gekanntes Thema erst herstellt, verdient diese zweifellos sehr umfangreiche Studie auch im Gutachten eine besondere Art der Auseinandersetzung. Das Gutachten verfolgt nämlich zunächst den Argumentationsgang schrittweise in der Sequenz der 31 Kapitel. Es fällt dadurch ausführlicher aus, als es sonst für Gutachten dieser Art üblich sein mag.

Für ein verlässliches Urteil über die Arbeit insgesamt stellt dieses Gutachten den Ertrag dann am Ende in einem Resümee zusammen; dieses bietet gewissermaßen am Schluss ein Gutachtenkonzentrat. Auf dieses kann sich die Fakultät für ihre abschließende Beurteilung der Arbeit insgesamt durchaus stützen; sie kann dabei den detaillierten Argumentationsgang, der jedes einzelne Kapitel ins Auge fasst, gegebenenfalls überspringen. Wer den Argumentationsgang darüber hinaus aber genau auffassen will, findet im Folgenden die Basis für mein abschließendes Resümee hinreichend dokumentiert.

1.) Das Osmanische Reich und das europäische Staatensystem (S. 19)

In diesem ersten Kapitel entwickelt der Verfasser, welche Stellung das Osmanische Reich politisch und völkerrechtlich in den Beziehungen der europäischen Großmächte während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einnahm. Die Serbische Frage seit dem Aufstand 1804 offenbarte brennpunktartig, wo die Interessen der habsburgischen Politik liegen mussten: bei der Erhaltung des Osmanischen Reiches als einer Barriere gegenüber dem russischen Expansionismus nach Süden und dem aufkommenden Nationalismus in den Balkanstaaten. Der Verfasser arbeitet überzeugend heraus, dass Metternich eine komplizierte Balance halten musste gegenüber dem Zaren einerseits und dem Sultan andererseits, welche untereinander rivalisierten und permanent in einen Krieg zu stürzen drohten. Das österreichische Interesse, die Grenzen und die Machtverhältnisse stabil zu halten, erforderte friedliche bis freundschaftliche Beziehungen zu beiden Konfliktmächten. Wie kompliziert diese Politik war, erweist der Verfasser in der sorgfältig analysierten Argumentation, mit der Metternich den völkerrechtlichen Status des Osmanischen Reiches in Europa zu definieren versuchte. Der eigentlich in seiner Sicht angemessene Weg wäre gewesen, es als gleichberechtigten Partner in die Wiener Friedensordnung von 1815 mit einzu beziehen. Er scheiterte damit. Šedivý korrigiert hier zugleich *Websters* Behauptung, es sei nur Castlereagh gewesen, der dieses vorgeschlagen habe.

Während Metternich davon ausging, das Osmanische Reich faktisch als Teil des europäischen Systems zu behandeln, trat er Bestrebungen der anderen Großmächte entgegen, eine Garantie bzw. ein Protektorat des osmanischen Territoriums auszusprechen. Denn beide Formen hätten das Reich als ein Objekt der anderen Mächte behandelt und es faktisch um seine Unabhängigkeit gebracht. Wie richtig herausgearbeitet wird, reagierte der Sultan höchst empfindlich auf solcherlei Absichten, zumal er die vom Zaren aus betriebene so genannte „Heilige Allianz“ als Vorboten eines neuen christlichen Kreuzzuges gegen die Türken interpretierte. In aller wünschenswerten Deutlichkeit stellt Herr Šedivý klar, dass Metternich konsequent den Terminus „Heilige Allianz“ vermied, stattdessen den Begriff „Allianz“ vorzog. Darunter begriff er konsequent und

ausschließlich das zwischen 1813 und 1822 etablierte System völkerrechtlicher Vereinbarungen der zunächst vier und dann fünf europäischen Mächte. Dieser Terminologie schließt sich der Verfasser zu Recht an und vermeidet damit Fehltritte, die noch in der jüngsten Forschung verbreitet sind (etwa bei *Matthias Schulz* 2009). Dort wird mit dem Terminus „Heilige Allianz“ die ganze Konferenzpolitik zwischen 1815 und 1823 etikettiert und als Merkmal einer angeblichen reaktionären Politik des so genannten „Metternichschen Systems“ diskreditiert. Wie weitsichtig Metternich war, ein Protektorat gegenüber dem Sultanat abzulehnen, erweist der Verfasser mit dem Blick auf die langfristigen Konsequenzen: Bei den Weltmächten des späteren Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts schlugen derartige „Protektorate“ in einen abhängigen – kolonialen – Status um (Seite 33).

2.) Der Anfang der griechischen Erhebung (S. 40)

In den zwei Jahren 1822/1823 vereinigten sich bereits alle Faktoren und Momente, welche offenen, warum die Konflikte auf dem südlichen Balkan so unendlich kompliziert waren und sich nicht für einfache Thesen eignen. Hier überkreuzten sich nicht allein im Bereich Griechenlands, Serbiens und der Donaufürstentümer Moldau und Walachei die russischen, türkischen und österreichischen Interessensphären: Hier traten auch die religiösen (zwischen Christen und Moslems) und nationalistischen Eruptionen hervor, welche in Gestalt der europaweit beachteten Kriegsgräuere eine nicht vorhersehbare Eigendynamik entfalteten und unter den Großmächten Missverständnisse, Aversionen und Irritationen hervorriefen; nicht einmal an einem einzelnen Hofe waren die Bestrebungen eindeutig, wie sich an der russischen Kriegspartei zeigte, welche die Zerschlagung des Osmanischen Reiches anstrebte, wohingegen der restaurativ gestimmte Zar dem Einfluss Metternichs zugänglich war und eine Niederschlagung des griechischen Aufstandes befürwortete, um das Sultanat zu stabilisieren. Zugespielt formuliert: Der russische Imperialismus lauerte permanent im Hintergrund, war aber zeitweilig nicht virulent. Hier bewährt sich des Verfassers Methode, durch die genaue Lektüre der Dokumente das persönliche Element, hier insbesondere die eigene Disposition des Zaren, herauszustellen. Der Autor vermag nachzuweisen, wie Metternich mit allen Mitteln seiner diplomatischen Kunst den offenkundigen Weg in den Krieg verhindern konnte; mithin warf der Staatskanzler sein politisches Gewicht in zwei Waagschalen: den Osten und den Westen. Da die traditionelle Forschung im Zusammenhang mit den Kongressen von Laibach und Verona stets den Blick in den europäischen Süden und Südwesten (Neapel, Piemont und Spanien) richtete, übersah sie die mindestens ebenso dramatische Brisanz im europäischen Südosten, weil diese Frage zwischen den Mächten abseits der Kongresse separat nur in der allein von Šedivý intensiv ausgewerteten Gesandtschaftskorrespondenz verhandelt worden war.

3.) Die Orientfrage in den letzten Jahren der Herrschaft Alexanders I. (S. 71)

Im Mittelpunkt dieses Kapitels steht die Haltung Alexanders I. zum griechischen Aufstand. Die Studie erweist, dass sich der Zar höchst ambivalent und weniger pro-europäisch verhielt, als es bisher angenommen worden ist. Durchweg arbeitet der Verfasser den erheblichen Anteil Metternichs heraus, zwischen dem Osmanischen Reich und den Großmächten der Allianz, insbesondere Russlands, zu vermitteln. Der Staatskanzler war wesentlich daran beteiligt, dass die türkischen Truppen sich aus den beiden Donaufürstentümern zurückgezogen und neue Verwaltungschefs (Hospodare) ernannt worden waren. Er betrieb die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Russland und dem Osmanischen Reich. Nach der Erledigung der „Spanischen Frage“ richtete sich das Augenmerk wieder verstärkt auf den Balkan. Metternich koordinierte die diplomatischen Aktivitäten Frankreichs, Großbritanniens und Österreichs, um den Frieden zwischen Russland und dem Osmanischen Reich zu wahren; dies geschah kontinuierlich bis zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen, was schließlich im Dezember

1824 gelang. Die Darlegungen offenbarten alle Empfindlichkeiten im wechselseitigen Umgang zwischen Russland und dem Sultan (Rückzug aus den Donaufürstentümern, Auswechslung der Verwaltungsträger dort, Kontrollen des Handelsverkehrs griechischer Schiffe unter russischer Flagge, Kaukasus-Frage).

Alexanders Politik war ambivalent, denn einerseits teilte er Metternichs Diagnose, das europäische System könne revolutioniert werden; deshalb sei der Zar prinzipiell abgeneigt, revolutionäre Bewegungen zu fördern; andererseits hing auch Alexander dem Ziel an, den russischen Einflussbereich auf Kosten des Sultans nach Südosten hin auszudehnen. Diesem Ziel diene erkennbar auch das Memorandum vom 21. Januar 1824, mit dem die russische Regierung drei autonome griechische Fürstentümer innerhalb des osmanischen Herrschaftsbereichs vorschlug.

Sehr gut entwickelt der Verfasser, inwiefern dieses Projekt unmöglich sein musste – die aufständischen Griechen erstrebten vollständige politische Unabhängigkeit, der Sultan würde sich jedes Hineinregieren in seinen Herrschaftsbereich verbitten. Metternichs konsequente Strategie für beide beteiligte Seiten lautete demgegenüber, russisch-türkische Probleme streng von der Griechischen Frage zu trennen. Besonderes Augenmerk richtet der Verfasser auf die zwei Petersburger Konferenzen (17. Juni / 2. Juli 1824 und 24. Februar bis 8. April 1825). Er schildert die wachsende Entfremdung zwischen der russischen und österreichischen Politik. Im Grunde ging es um das Recht zur Intervention in innere Verhältnisse. Österreich hatte zwar 1821 in Neapel und Piemont interveniert, aber jeweils nach Aufforderung der legitimen herrschenden Regierung; solche Bitten von Seiten des Sultans lägen aber gerade nicht vor. Der Verfasser plädiert für eine kritische Revision des Alexanderbildes: Nicht aus Philanthropie habe er den Griechen beistehen wollen, sondern weil er seinen Einflussbereich ausdehnen wollte. Er sieht es richtig, dass Alexander allein die Furcht vor der Revolution vor einem Krieg zurückscheuen ließ. Er bringt es auf die Formel eines „*diskreten Imperialismus*“ im Nahen Osten, der sowohl den Frieden in der Region als auch die Funktionsfähigkeit der Allianz destabilisierte (Seite 97).

4.) George Canning und das Petersburger Protokoll (S. 103)

Der Verfasser erkennt in der Politik Cannings den nach Castlereagh entscheidenden Kurswechsel, der zugleich die Funktionsweise der internationalen Allianz weiter destabilisierte, weil er den Alleingang der britischen und russischen Politik hervorbrachte und dabei die britische von der russischen Politik abhängig machte, mit anderen Worten: Die Zügelung der expansiven einen Macht durch den Widerstand der vier anderen funktionierte nicht mehr. Dazu gehörte, dass die britische Politik den österreichischen Einfluss ausgrenzte und damit zugleich die Position des Zaren stärkte. Hier wie immer wieder gelingt es dem Verfasser durch Aktenfunde, Argumentationen Metternichs von ganz grundsätzlicher Art zum Sprechen zu bringen, etwa wie der Staatskanzler darauf beharrte, zwischen „regulärem Krieg“ autorisierter Regierungen und revolutionärer Gewalt zu unterscheiden. Wenn dieser Unterschied preisgegeben werde, könne jederzeit jedermann sich mit Soldaten und Kriegsschiffen staatliche Autorität anmaßen und damit jede legitime Regierung in der Welt infrage stellen (Seite 105/106).

Der Autor urteilt zu Recht, dass das Resultat der britisch-russischen Annäherung die Büchse der Pandora geöffnet habe (Petersburger Protokoll vom 4. April 1826, Seite 123), als man forderte, eine Mediation zwischen Griechen und Türken durch Großbritannien und Russland anzubieten und eine halbautonome griechische Provinz unter osmanischer Herrschaft zu etablieren. Metternich erkannte richtig, dass der Sultan niemals das Prinzip der Mediation anerkennen würde, denn dieses bedeutete die Intervention fremder Mächte in die inneren Verhältnisse (griechische Erhebung) eines souveränen Staates. Die russische Politik war insofern – auch vor der europäischen philhellenischen Öffentlichkeit – scheinbar erfolgreich, weil sie den Weg zur Friedenschlichtung zu beschreiten schien. Tatsächlich aber verhinderte sie einen Frieden, weil dessen

Bedingungen aus der Sicht Österreichs für den Sultan inakzeptabel erscheinen und der Friede deshalb scheitern mussten.

5.) Vom Petersburger Protokoll zum Londoner Vertrag (S. 124)

Der Verfasser interpretiert das Petersburger Protokoll vom 4. April 1826 als „Dambruch“, von dem an die britische Diplomatie die Kontrolle über die Ereignisse verloren und an die russische Seite abgegeben habe. Metternichs Kritik daran dient ihm als Paradebeispiel, um die besondere analytische Gabe des Staatskanzlers und dessen Fähigkeit zu demonstrieren, die Tragweite politischer Augenblicksentscheidungen zutreffend zu kalkulieren. Metternichs Prognosen lauteten: der Sultan werde keine Mediation durch England oder eine andere Großmacht akzeptieren, um das Verhältnis zwischen ihm und seinen griechischen Untertanen zu definieren; England werde vor die „russische Kutsche“ gespannt und seinen Einfluss verlieren; es werde Russland in den Krieg, aber nicht England in den Frieden führen; Österreich werde in die Isolation getrieben.

Šedivý unterstreicht zu Recht, Metternich habe in der Einschätzung des neuen Zaren Nikolaus I. einen schwerwiegenden Fehler begangen, als er ihn unterschätzte, indem er annahm, der Zar würde angesichts der Erhebung der Dekabristen in Sankt Petersburg 1825 davor zurückschrecken, eine revolutionäre Bewegung andernorts zu unterstützen.

Einen neuen Markstein auf dem Weg, der schließlich keine andere Alternative als den Krieg zuließ, setzte der Londoner Vertrag vom 6. Juli 1827, d.h. die Vereinbarung der drei Großmächte Russland, Großbritannien und Frankreich, gemeinsam die Mediation in der Griechischen Frage zu fordern und den Griechen eine Autonomie zuzusichern; verschärft wurde die Problematik durch den geheimen, aber bereits eine Woche später durch die ‚Times‘ veröffentlichten Zusatz, Zwangsmaßnahmen gegenüber dem Osmanischen Reich ins Auge zu fassen, falls dieses nicht auf die Bedingungen eingehe.

In überzeugender Weise legt Šedivý die Kritik Metternichs an der Dreimächtevereinbarung dar und benutzt diese Kritik, um eine verbreitete, noch jüngst von *Matthias Schulz* wiederholte Deutung der Beweggründe und Ziele Metternichs zu korrigieren: Es sei dem Staatskanzler nicht, wie *Schulz* behauptet, um die Verteidigung der Rechte legitimer Herrscher gegen aufständische Völker aus einer legitimistischen und „dogmatischen“ Haltung heraus gegangen, sondern um die Prinzipien des Völkerrechts. Mit einer nicht zu bestreitenden Logik argumentierte Metternich, in gleicher Weise könne man zu Gunsten der Aufständischen in Irland oder Finnland intervenieren, dem sich der britische König bzw. der russische Zar mit Sicherheit widersetzen würden. Es war für ihn eine Frage des Schicksals Europas, ja sogar das der Zivilisation, wenn durch jene Doktrin der Intervention die revolutionäre Gewalt auf die gleiche Ebene wie die staatliche Legitimität gehoben werde. Er fragte, ob die englische Regierung denn bereit sei, dem erstbesten aufständischen irischen Club, der sich zur Regierung Irlands proklamieren würde, als eine Macht gleichen Rechtes zu betrachten wie den britischen König (Seite 139). Zu Recht verweist der Verfasser auf die wenig später erfolgende russische Ablehnung, Großbritannien und Frankreich könnten eine Mediation im polnischen Novemberaufstand von 1830 vornehmen. Weit entschiedener als seine Zeitgenossen wies Metternich die Idee zurück, internationale Beziehungen nach nationalen Prinzipien zu organisieren; der Verfasser ergänzt, dass man auch nicht sagen könne, die anderen großen Mächte hätten fortschrittlichere Absichten verfolgt, da sie doch nur die Interessen ihrer eigenen Staaten und nicht das Wohl der Aufständischen im Auge hatten. Šedivý verweist auch auf das Aachener Protokoll vom 15. November 1818, demgemäß (Kapitel IV, Art. 4) die fünf Großmächte eine Intervention ohne die formelle Einladung der betroffenen Regierung zulassen könnten.

Šedivý arbeitet präzise heraus, wie sicher Metternich erkannte, dass die Großmächte wenig glaubwürdig mit Normen umgingen, die sie im eigenen Lande nicht gelten lassen wollten –

Großbritannien nicht gegenüber den Iren und Russland nicht gegenüber den Finnen. Die im Londoner Vertrag vorgesehenen Zwangsmaßnahmen, nämlich eine Barriere von Kriegsschiffen zwischen den streitenden Parteien (Griechen und Türken) zu errichten, hielt der Staatskanzler gleichfalls für inkonsequent. Ehedem habe England gegen eben solche Maßnahmen protestiert, welche Spanien gegen seine aufständischen Kolonien ergreifen wollte; auch Russland hatte diese Maßnahme abgelehnt (Seite 144). Metternich durchschaute das Wesen des Dreierbündnisses, das lediglich auf dem wechselseitigen Misstrauen der Beteiligten beruhte und jeglicher rechtsförmiger Prinzipien entbehrte. Metternich sah zutreffend voraus, dass der Vertrag zur Unabhängigkeit Griechenlands führen musste, aber zugleich zu größerem Einfluss Großbritanniens auf das östliche Mittelmeer, was mit der Garantie dieser Unabhängigkeit zusammenhing, und zu größerem Einfluss Russlands auf dem Balkan.

6.) Der östliche Mittelmeerraum vor der Schlacht von Navarino (S. 147)

Dieses Kapitel macht die Tendenzen und Ziele Metternichs verständlich: Er befürwortete zwar, dass der Sultan, um Frieden herzustellen, die griechische Revolution unterdrückte, hielt das aber nur dann für gerechtfertigt, wenn dieser den Griechen Selbstverwaltung und persönliche Rechte (Freiheit, Eigentum, Glaube) gewährte. Sehr differenziert zeichnet der Verfasser das Ausmaß nach, mit dem Metternich den Sultan zur Nachgiebigkeit und Verhandlungsbereitschaft zu beeinflussen versuchte; dabei warf er das politische und militärische Gewicht des mit dem Sultan alliierten Vizekönigs Muhammed Ali in die Waagschale. Im Prinzip näherte sich Metternich den politischen Zielen der Alliierten an (Autonomie der Griechen), aber als der Sultan militärisch erfolgreicher wurde, ließ dessen Bereitschaft zu Kompromissen nach.

Es wird deutlich, dass sich immer wieder Fenster öffneten, den Weg in den Krieg zu vermeiden, so nach dem Tode Cannings (8.8.1827), was bewirkte, dass sich die Alliierten einander wieder annäherten. Diese konstruktiven Ansätze wurden vereitelt durch das eigenmächtige militärische Vorgehen der alliierten Kriegsflotte am 20. Oktober 1827, als man im Golf von Navarino die türkisch-ägyptische Kriegsflotte zerstörte.

7.) Der Ausbruch des russisch-türkischen Krieges (S. 175)

Der Verfasser bringt die Konstellation, welche den Krieg möglich machte, auf eine prägnante Formel: Intransigenz der Pforte, Kriegsbereitschaft Russlands, pro-russische Neigung Frankreichs, britische Indifferenz und preußische Passivität (Seite 175). Metternich durchschaute hell-sichtig die zwiespältige Argumentation Russlands, es beabsichtige angeblich keine Expansion, keinen Krieg, es werde aber Entschädigung für den militärischen Aufwand verlangen, und da die Pforte nicht zahlen könne, müsse es als Gegenleistung Land nehmen, d.h. die Donaufürstentümer vorübergehend okkupieren, und es müsse auch den Einfluss auf Serbien ausdehnen.

Im Januar 1828 unternahm Metternich das Äußerste, um den Krieg abzuwenden, indem er unmittelbar dem Sultan ein Programm unterbreitete, und hier tauchte der Gedanke griechischer Autonomie unter einem christlichen Fürsten auf, wobei das Territorium dem Sultan weiter tributpflichtig bleiben sollte. Beiläufig macht Šedivý auch die unmittelbaren kommerziellen Interessen Österreichs deutlich, etwa wenn österreichische Handelsschiffe die türkische und ägyptische Flotte mit Nachschub versorgten; es ging zweifellos um Einflusszonen im östlichen Mittelmeerraum, worin vier der fünf Großmächte konkurrierten. Die fast vollständige Zerstörung der Kriegsflotte des Osmanischen Reiches war dabei ein Geschenk für den russischen Einfluss. Die widersprüchlichen Tendenzen der Mächte zeigten sich auch darin, dass in London die Schlacht von Navarino bedauert, in Frankreich aber als großer Sieg gefeiert wurde, so dass sich für Met-

ternich erkennbar eine Säule der Kriegsallianz von London nach Paris verlagerte. Navarino beförderte den französischen Nationalismus.

Hier sei generell bemerkt, dass der Verfasser immer wieder auf gesellschaftliche öffentliche Initiativen und Pressionen hinweist, welche auf das Handeln der führenden Politiker durchschlugen. Auf innere Triebkräfte politischen Handelns, insbesondere die bekannte Macht des europäischen Philhellenismus, geht der Verfasser später ein (Kap. 12). Die letzten Schritte hinein in den russisch-türkischen Krieg geschahen durch Erklärungen, die zwar aggressiv klangen, aber keineswegs den potentiellen Kriegsgegner nannten. Metternichs Diagnose der Osmanischen Politik lautete dementsprechend: nicht böseartig und wild, sondern unfähig und dumm (Seite 188); letztlich erwies sich aber der Kriegswille Russlands als maßgeblich. Šedivý ergänzt die formal und inhaltlich vorgebrachten Argumente der russischen Seite um die spezifische Rhetorik, welche den napoleonischen Manifesten des französischen Kaiserreichs nachgebildet war. Die Botschaft für Metternich und ebenso auch für den Autor lautet: ob vom ehemals revolutionären Frankreich ausgehend oder vom zaristischen Russland – Zweck und Wirkung der Politik waren letztlich identisch: sie waren konsequent imperialer Natur.

Der Verfasser zeichnet minutiös die Schritte nach, welche eine Umkehr immer schwieriger machten. Als Leser bekommt man gleichsam schulbuchhaft vorgeführt, wie zwei Parteien in einen Krieg marschieren und, wenn er da ist, behaupten, das habe man nicht gewollt. Der Ausgangspunkt lag im Londoner Protokoll. Die Darlegungen offenbaren die intensiven Bemühungen Metternichs, den Kriegsausbruch zu vermeiden, sie geben zugleich Einblicke in einen Prozess, wie durch die Positionen der Beteiligten ein Kompromiss zwangsläufig immer wieder scheitert; hinzu kam die schwer kalkulierbare Eigendynamik der Griechischen Frage. Bemerkenswert ist die Flexibilität Metternichs, um diplomatisch auch in scheinbar aussichtslosen Situationen etwas zu erreichen. So entschließt er sich endlich, eine griechische Unabhängigkeit unter osmanischem Dach anzubieten. Unverkennbar streicht Šedivý die Verantwortlichkeit Cannings heraus, dessen Diplomatie er im Gegensatz zum herkömmlichen Urteil für planlos und gescheitert ansieht, da sie den russischen Spielraum eröffnet habe. Dadurch habe der eigentliche Unruhefaktor, d.h. der expansionsbedürftige Nikolaus I., in den Krieg treiben können.

8.) Der russisch-türkischen Krieg – die erste Kampagne (S. 193)

Der Verfasser analysiert sorgfältig die wechselseitigen Spannungen zwischen Österreich und Russland, die permanenten russischen Zweifel an der österreichischen Solidarität (im Zusammenhang mit der Orientkrise), den Argwohn einer Einmischung auf dem Balkan oder in Polen; damit revidiert er die verbreitete Meinung von der reaktionär inspirierten Uniformität der östlichen Großmächte und der ideologischen Blockbildung; schon allein die ganze Entwicklung der Orientfrage erweist, dass egoistische staatliche Machtinteressen die Idee einer gemeinsamen anti-revolutionären Abwehrfront überformten. Wesentliche neue Erkenntnisse trägt die Studie bei durch die genaue Recherche im Moskauer Staatsarchiv, wodurch erwiesen wird, dass eine beträchtliche Russophobie in den hohen Wiener Kreisen der Gesellschaft auch zur Kenntnis des russischen Hofes gelangt war (Seite 202).

Auch wird die Interessenlage der habsburgischen Politik deutlich: nicht zuletzt angesichts leerer Kassen und einer militärischen Ausrüstung unterhalb der Friedensstärke verbot sich jede eigenmächtige, auf einen Krieg führende Politik. Wie schwer es den beteiligten Mächten gelang, Metternichs konsistente Politik zu durchschauen, lag weniger an dessen Format als an der Komplexität der sich überlagernden Krisen, Konflikte und Interessen namentlich Großbritanniens, Frankreichs, Russlands und des Osmanischen Reiches.

Die Analyse der internationalen Konstellationen und speziell der diplomatischen Aktivitäten Metternichs während des russisch-türkischen Krieges offenbart einen Dschungel an Optionen,

Gerüchten, Missverständnissen und Intrigen. Von einem korrigierenden System der Pentarchie kann 1828 keine Rede mehr sein. Hervorzuheben ist hierbei, wie Metternich aus der diplomatischen Isolation Österreichs heraus gegenüber der Dreierallianz die einzige Macht repräsentierte, welche Zugang zu beiden kriegführenden Parteien besaß – auch zum Sultan! Nur in gründlichster Kenntnis der archivalischen Quellen aller Beteiligten kann es gelingen, das Geflecht aus Verdächtigungen und Interessen aufzulösen. Es ist ein besonderes Verdienst Šedivýs, Licht in die zweifelhafte Politik der preußischen Regierung (Bernstorffs) gebracht zu haben, die das falsche Gerücht in die Welt gesetzt hatte, Metternich habe eine antirussische Koalition geschmiedet. Šedivý korrigiert die daran anknüpfenden Fehltritte über angebliche Intrigen Metternichs, die sich auch in der Forschung festgesetzt haben.

9.) Der russisch-türkische Krieg: der zweite Feldzug und der Vertrag von Adrianopel (S. 233)

Dieses Kapitel führt deutlich die Grenzen diplomatischer Interaktionen vor Augen. Bis in letzte Winkel der Verhandlungen rekonstruiert der Verfasser aus der Perspektive der österreichischen Politik die Versuche Metternichs, zwischen dem Zaren und dem Sultan zu vermitteln und die isolierte Position der österreichischen Regierung im Mächtekonzert zu verlassen. Nachdem er eindrücklich die vielen einzelnen Momente zusammengestellt hat, welche zu Verstimmungen und Entfremdungen zwischen Russland und Österreich geführt hatten, ist als ein Resultat anzusehen, dass gerade der Versuch, zwischen *beiden* Kriegsparteien eine Brücke zu finden, zu diesem Dilemma geführt hatte, weil dadurch – obwohl isoliert – die österreichische Politik in einen Fokus gerückt wurde, in den hinein die anderen Mächte Fehldeutungen und Unterstellungen projizierten, verstärkt durch bewusst geschürte Ressentiments, um das Verhältnis zwischen St. Petersburg und Wien zu beeinträchtigen (Pozzo di Borgo).

Wo diplomatische Verhandlungen an der Intransigenz der Beteiligten scheiterten, konnte, wie Metternich zutreffend voraussagte, nur der Erfolg auf dem Schlachtfeld die Situation verändern und den Friedensschluss erzwingen. Es ist wichtig, hervorzuheben, dass nach dem Erfolg der russischen Truppen der Friede von Adrianopel 1829 zwar ohne Beteiligung Österreichs unterzeichnet worden ist, aber mit entscheidender Mitwirkung im Hintergrund durch die besonderen Beziehungen Österreichs zum Sultan. Der Verfasser arbeitet die Zustimmung Metternichs zur Unabhängigkeit Griechenlands unter einem eigenen erblichen Fürsten heraus; das sei das geringere Übel angesichts des hohen Gutes, den europäischen Frieden und vor allem die Kooperation der fünf Mächte wiederhergestellt zu haben. Das System der Pentarchie funktionierte auch insofern, als dort, wo der österreichische Einfluss nicht unmittelbar zur Geltung kommen konnte, Preußen (in Koordination mit Metternich) die entscheidende Vermittlerrolle übernehmen konnte. Der Verfasser erwähnt beiläufig, was durchaus unterstrichen zu werden verdient: bereits am 17. Februar 1829 prognostiziert Metternich eine nahe Revolution in Paris, welche auf ganz Europa ausstrahlen werde (Seite 243/244); d.h. er und auch Gentz hatten das ganze Europa vor Augen und erblickten im Westen das problematischere Konfliktfeld gegenüber demjenigen im europäischen Südosten. Überzeugend korrigiert Šedivý auch die von einigen Zeitgenossen geäußerten und später in der Forschung übernommenen Unterstellungen, Metternich habe sich zeitweise mit dem Plan einer Teilung des Osmanischen Reiches beschäftigt.

10.) Die Entstehung der Unabhängigkeit Griechenlands (S.258)

Die Errichtung eines unabhängigen griechischen Königreiches auf dem ehemaligen Territorium des Osmanischen Reiches, hervorgebracht durch eine revolutionäre Bewegung, verstieß im Grunde gegen elementare Prinzipien des Wiener Systems von 1815. Die sorgfältige Analyse erweist einmal mehr Metternichs unbezweifelbaren Pragmatismus und offenbart dessen leitende Maximen: die Wiederherstellung der funktionsfähigen Pentarchie – im Gegensatz zur zuletzt

etablierten Dreierallianz – wog für ihn schwerer als die Unterdrückung einer revolutionären Bewegung. Entgegen dem Bild von dem legitimistischen Reaktionär legt Šedivý klar, dass es sogar Metternich war, der für eine Unabhängigkeit Griechenlands (Souveränität) statt einer Autonomie (Suzeränität) plädierte und diese so schnell wie möglich realisiert sehen wollte. Seine entschiedenen Hintergrundaktivitäten gegenüber dem Sultan trugen wesentlich zum Erfolg bei. Auch werden einmal mehr Spekulationen, er habe eine Teilung des Osmanischen Reiches betrieben, gründlich widerlegt, da er in dem heiklen Moment eines potentiellen Zerfalls diesem gegenüber Großbritannien und Frankreich, welche sich bereits auf einen solchen Fall einstellten, entgegen wirkte. Auch wird deutlich, wie plausibel seine Erwägungen zu den europäischen Einflusssphären waren (völlige staatliche Unabhängigkeit würde russische Expansionsbedürfnisse eher hemmen als Autonomie unter osmanischer Oberherrschaft, weil diese immer Vorwände, um einzugreifen, liefern würde). Wie wenig doktrinär Metternich dachte, zeigt auch seine Argumentation, die völkerrechtliche Konstitution der Vereinigten Staaten als Muster für die Schöpfung des neuen griechischen Staates zu wählen, nämlich auf dem Wege kollektiver Anerkennung durch die internationale Staatenwelt anstelle eines individuellen Konferenzzoktrois.

11.) Das Problem der armenischen Katholiken in Konstantinopel (S. 278)

Das elfte Kapitel führt auf einen keineswegs unbedeutenden Seitenpfad der internationalen Beziehungen im Fokus der Orientkrise: auf die religiösen Konflikte der christlichen Minderheit (katholische Armenier) im Osmanischen Reich. Erstaunlicherweise entsprangen die Konflikte nicht der Wirkung osmanischer Herrschaft (deren Toleranzpolitik erscheint während dieser Periode gegenüber anderen Glaubensrichtungen geradezu als vorbildlich), sondern dem innerchristlichen Schisma zwischen Orthodoxen und Katholiken. Die türkische Herrschaft wirkte der Verfolgungspolitik des orthodoxen Patriarchen entgegen und führte zu einer Neuordnung der christlichen Konfessionen. Der Verfasser vermag dezidiert nachzuweisen, wie maßgeblich Metternich über den Arm seines Internuntius Ottenfels an der Befriedung des Religionskonflikts beteiligt war, wie stark andererseits machtpolitische Rücksichten Frankreichs, Russlands, aber auch Österreichs in diese Frage hineinwirkten, die stets auch und verstärkt nach der Katastrophe von Adrianopel als Ringen um Einflusszonen im Osmanischen Reich zu begreifen waren. Jede Verschiebung in den internationalen Konstellationen konnte sich bis hinunter auf die inneren Spezialfragen wie hier die Restitution der katholischen Minderheit auswirken. Der Verfasser würdigt differenziert Beweggründe der französischen, österreichischen und türkischen Seite sowie des Heiligen Stuhls und vermag die sich überkreuzenden Impulse zu entflechten. Der Umgang mit der Religionsfrage zeigt zugleich, wie behutsam und umsichtig Metternich das Problem anging, indem es ihm zumeist gelang, jeweils die zahlreichen diplomatischen Ängstlichkeiten und Empfindlichkeiten der beteiligten Mächte, Persönlichkeiten und Gruppierungen („Parteien“) richtig abzuschätzen.

12.) Okzident gegen Orient (S. 303)

Dem Verfasser gelingt es, Metternichs Haltung gegenüber den Griechen, dem Philhellenismus und den Grausamkeiten im griechisch-türkischen Krieg differenziert herauszuarbeiten und verbreitete Vorurteile und Unterstellungen zu widerlegen, ohne den Staatskanzler zu heroisieren. Er unterscheidet zwischen Metternichs Kritik an dem revolutionären Charakter und an der Uninformiertheit der philhellenischen Befreiungsideologie; Šedivý betont, wie der Minister zwischen politischen und religiösen Motiven des Konflikts differenzierte, und offenbart zugleich, wie dieser humanitäre Maßnahmen zugunsten der Griechen unterstützte und dabei sogar alte Feindschaften ignorierte, nicht zuletzt seines alten Gegners Ypsilanti, dem er wie zahlreichen flüchtigen Griechen in der Habsburgermonarchie Exil gewährte. Insgesamt erweist sich in diesem grundlegenden Kapitel Metternich einmal mehr als ein leidenschaftslos rationaler und zugleich humanitär sensibler Politiker (das entspricht auch einer neuen Deutung *Alan Skeds*), ein Politiker, der besser als seine europäischen Kollegen auf der Ebene der Pentarchie mit der Orientfrage und

speziell mit den Bedingungen des Osmanischen Reichs vertraut war. Das Kapitel ergänzt hervorragend die zuvor analysierte Krise auf dem internationalen Parkett der Diplomatie.

13.) Die französische Expedition nach Algerien (S. 338)

Šedivý bezeichnet dieses Kapitel über die französische Algerien-Expedition zu Recht als ein Schulbeispiel für Metternichs Realismus, Pragmatismus und Voraussicht. Auch hier erweist er, wie eine Spezialfrage im Geflecht internationaler und zugleich innerfranzösischer Interessen stand und behandelt wurde. Metternich kalkulierte hier mit einer durchgehenden expansionistischen Tendenz der französischen Politik, die er als systemunabhängig wahrnahm – ob unter der Revolution seit 1789 vollzogen, unter Napoleon oder nun dem Bourbonen Karl X. Es war letztlich der durchgängige Impuls zum Kolonialismus, wobei bereits jetzt Anfang 1830 (und nicht erst 1839/1840) Forderungen nach einer Revision der Rheingrenze laut wurden. Letztlich ausschlaggebend war nach dem Urteil des Autors die Nachgiebigkeit Großbritanniens durch die zögerliche Politik Wellingtons. Hier hätte man sich einige zusätzliche Hinweise auf dessen akute innenpolitische Probleme gewünscht, um die spezifische Schwäche der britischen Politik in dieser Periode zusätzlich begreiflich zu machen, etwa Wellingtons Probleme mit Irland, mit der Katholikenemanzipation und mit der öffentlichen Diskussion über die Wahlrechtsfrage. Das ganze Kapitel vergegenwärtigt außerdem die fragilen inneren Machtverhältnisse des an beiden geographischen Flügeln bedrohten Osmanischen Reiches.

14.) Österreichs ökonomische Interessen im Osmanischen Reich und die frühe Phase der ersten Mehmet-Ali-Krise (S. 363)

Das Kapitel erweitert den Horizont der Studie insgesamt um eine wesentliche Dimension: Es erörtert, inwiefern sich Metternich bei seinen politischen Entscheidungen von ökonomischen Rücksichten lenken ließ und ob er überhaupt ein Gespür dafür hatte, was vielfach bezweifelt wird. Akribisch trägt der Verfasser die keineswegs reichhaltig verfügbaren statistischen zerstreuten Wirtschaftsdaten zusammen (am Ende des 3. Teils in Graphiken dokumentiert) und weist nach, dass die Habsburgermonarchie die weitaus bedeutendste Außenhandelsmacht des Osmanischen Reiches war, wobei der Hafen Triest die Funktion einer Drehscheibe eingenommen habe. Besonders die genau analysierte Entstehung des Innenkonflikts zwischen dem Sultan und seinem Vizekönig Mehmed Ali offenbart, wie Metternich, sorgfältig balancierend, die Beziehungen zu beiden Mächten pflegen wollte, um die elementaren Handelsinteressen österreichischer Kaufleute in Ägypten und Syrien nicht zu gefährden. Ihre Geschäfte aufs Spiel zu setzen, hielt er sogar für staatsgefährdend. Šedivý räumt überzeugend alle verschiedentlich geäußerten Zweifel an der wirtschaftlichen Kompetenz und Neigung des Staatskanzlers aus dem Wege und unterstreicht dies sowohl durch dessen eigene, gut dokumentierte Äußerungen als auch durch dessen Vorlieben, etwa dem Interesse an technischen Innovationen wie der Dampfmaschine und an der Beförderung des Freihandels.

15.) Russland und Frankreich vom Frieden von Adrianopel bis zur Regelung der ersten Mehmet-Ali-Krise (S. 391)

Dieses Kapitel offenbart die sich überkreuzenden Interessen Russlands, Österreichs und Frankreichs im Mittelmeerraum und die Verschiebung der diplomatischen Mächteverhältnisse seit dem Frieden von Adrianopel. Fundamental waren dabei die Entscheidung Nikolaus I. für den Erhalt des Osmanischen Reiches und die darauf fußende Wiederannäherung an Österreich. Die Julirevolution verstärkte noch die bereits zuvor eingeleitete Stabilisierung der östlichen Dreierallianz (Russland, Österreich, Preußen). Ins Zentrum gerät die konsequent expansionistische, das heißt revisionistische Politik Frankreichs im Mittelmeerraum und darüber hinaus, und zwar – wie

der Verfasser auch hier zu Recht betont – unabhängig davon, ob die Herrschaft in der Hand der Bourbonen oder des Julikönigtums lag.

Einen Angriffspunkt bot die expansionistische Politik des ägyptischen Vizekönigs Mehmet Ali dar, weil sie die französische Politik zum großen Missfallen Metternichs dazu veranlasste, sich in die inneren Verhältnisse des Osmanischen Reiches einzuschalten, indem sie den Vizekönig unterstützte. Es musste geradezu als Revolution der diplomatischen Fronten erscheinen, dass der bedrohte Sultan nunmehr die russische militärische Hilfe gegen den von Frankreich protegierten Vizekönig anrief. Wie intensiv sich die französische Diplomatie bemühte, erweist der Verfasser mit dem Unterabschnitt über den „Moniteur Ottoman“ und Metternichs erfolglosem Widerstand gegen das Vordringen der französischen Sprache in der von Frankreich im Osmanischen Reich lancierten Publizistik. Diese erste von Mehmet Ali ausgelöste Krise erwies sich als Bewährungsprobe für das neue Vertrauensverhältnis zwischen Österreich und Russland; es war belastbar, da die russische Politik auf weitere Expansion im südeuropäischen Raum verzichtete.

16.) Die zweite Mission des Anton Prokesch von Osten nach Alexandria (S. 418)

Dieses Kapitel beleuchtet die Verlagerung des diplomatischen Schwerpunktes in der Orientfrage von Konstantinopel nach Alexandria in den Herrschaftsbereich Mehmet Alis. Es dokumentiert in der Nachgiebigkeit des Sultans gegenüber seinem aufbegehrenden Vizekönig, wie fragil das Osmanische Reich war und wie es der vereinigten Energien der Höfe Großbritanniens, Österreichs und Russlands bedurfte, um das türkische Imperium zu stabilisieren. Die Sonderrolle Frankreichs wird deutlich, hier insbesondere in dem bizarren Titelkampf des prestigedurstigen französischen Beauftragten (Baron Charles-Joseph-Edmond de Boislecomte). Der komplette Frontenwechsel äußerte sich insbesondere an der Tatsache, dass der Sultan sich an den früheren Kriegsgegner wandte, indem er russische militärische Hilfe herbeirief. Insgesamt zeichnet der Verfasser sehr konkret nach, wie die drei diplomatischen Sonderbeauftragten am Hof in Alexandria die Politik ihrer Regierungen zu Gunsten des europäischen Gleichgewichts zur Geltung bringen wollten und sich Metternich einmal mehr veranlasst sah, vor einer Mediation als einem Eingriff in die inneren Verhältnisse eines souveränen Staats zu warnen. Erhellend ist auch die Tatsache, dass Metternich im Falle des orientkundigen, von ihm nach Alexandria bestellten Prokesch von Osten bereit war, sich selbst zu korrigieren. Information zählte für ihn mehr, als recht zu behalten, um einen Schlichtung anzuerkennen, der er zunächst keine Chance geben wollte.

17) Unkiar-Skelessi und Münchengrätz (S. 434)

Dieses Kapitel hat übergreifende Bedeutung, weil es das Verhältnis Metternichs zur Politik des Zaren seit dem Frieden von Adrianopel erörtert. Der Verfasser weist überzeugend verbreitete Deutungen zu dem bilateralen Bündnis zwischen Russland und dem Osmanischen Reich (Unkiar Skelessi) zurück, ebenso solche zur österreichisch-russischen Konvention von Münchengrätz. Er revidiert damit Vorstellungen von einer diplomatischen Wende in den russisch-österreichischen Beziehungen des Jahres 1833, denn die russische Politik habe schon seit Adrianopel 1829 den Fortbestand des Osmanischen Reiches anerkannt. Die österreichisch-russische Vereinbarung sei deshalb kein „Deal“ Metternichs, um freie Hand für eine restaurative Politik gegenüber dem Westen zu haben, sondern sie bekräftige lediglich ein bereits vorhandenes Einverständnis. Weder befand sich Metternich in Abhängigkeit zur russischen Politik, noch war umgekehrt die russische Politik bloße Handlangerin Metternichs. Das übergeordnete Ziel des Staatskanzlers blieb weiterhin die Funktionsfähigkeit der Pentarchie, welche freilich durch die permanent expansionsbereite französische Politik und durch das Misstrauen der britischen Seite untergraben wurde.

18.) Palmerston, Ponsonby und die britische Russophobie (S. 453)

Dieses Kapitel entwickelt die Situation des Mächtesystems in den 1830er Jahren, nachdem die Orientkrise entschärft und die Erhaltung des Osmanischen Reiches das gemeinsame Ziel aller fünf Großmächte geworden war. Da die Spannungen im System aber fort dauerten, ja sich zwischen Großbritannien und Russland sogar noch verschärften, muss nach tieferen Ursachen dafür gesucht werden: der Verfasser legt in der Beschreibung zweier Einzelkonflikte (um den britischen Staatsbürger Churchill in Alexandria und um das von Russen beschlagnahmte britische Schiff ‚Vixen‘) Grundimpulse der internationalen Politik frei; diese Kräfte machen die These von der Ost-West-Blockbildung hinfällig, übersteigen aber zugleich auch den Rahmen der Pentarchie. Vordergründig erscheinen Personen als Urheber, die das Verhältnis zwischen Großbritannien und Russland verschlechterten: der neue britische Gesandte Ponsonby in Konstantinopel, Ministerpräsident Palmerston und der britische Publizist David Urquhart, alle beteiligt, eine Russophobie zu schüren. Das wachsende Gewicht der britischen „öffentlichen Meinung“ war hierbei ein wesentlicher Faktor der britischen internationalen Politik. Šedivý erarbeitet klar die nüchterne und analytisch treffende Sicht und Haltung Metternichs heraus, dass hinter allen Krisen der strukturelle Antagonismus der beiden „Global Player“ um globale Einflusssphären stand. Metternich erkannte, dass die Krisen nur in Stellvertretung standen, nämlich im Kampf um Dominanz über das Osmanische Reich oder Persien und Afghanistan. Die Fronten wechselten, der Grundkonflikt – die weltpolitische Polarität zwischen Russland und Großbritannien – blieb konstant. Die Rolle der französischen Politik war demgegenüber zweitrangig. Šedivý arbeitet klar heraus, dass der expansionistische Impetus im konkreten Fall von Großbritannien ausging, nicht von Nikolaus I. Diese Erkenntnis revidiert beträchtlich das vorherrschende Urteil über die so genannten ‚Ostmächte‘, welche angeblich eine permanente ‚reaktionäre‘ Interventionsbereitschaft an den Tag legten.

19.) Die Donau und die Donaufürstentümer (S. 486)

Dieses Kapitel lenkt die Aufmerksamkeit auf die Donaufürstentümer Moldau und Walachei; hier stießen habsburgische und russische Interessen am härtesten aufeinander. Šedivý entwickelt das Kalkül und die Rationalität der Politik Metternichs, gegenüber dem mächtigen Nachbarn Russland zielsicher dessen Interesse an einem Bündnispartner im Mächtekonkordat zu benutzen, um Zar Nikolaus I. zu Konzessionen zu veranlassen (Milderung der militärischen Präsenz in den Donaufürstentümern, Respektierung der freien Schifffahrt auf der Donau und im von Russland seit Adrianopel okkupierten Donaudelta). Der Verfasser vertieft (wie bereits schon in Kapitel 14) Metternichs geopolitische Erwägungen durch substantielle Informationen zu dessen ökonomischen Kenntnissen und Rücksichten, welche seine Diplomatie gegenüber dem Zaren wesentlich bestimmten. Wie weit der Minister dabei ging, zeigt seine Bereitschaft, den Sultan mit einer Hypothek zu unterstützen, damit dieser seine Kriegsschulden gegenüber Russland früher begleichen könne und dadurch ein zeitigerer Rückzug russischer Truppen aus den Donaufürstentümern möglich würde.

Wie maßgeblich Metternich Rücksicht auf die Ökonomie nahm, konnte der Verfasser durch den Glücksfund eines bisher unbekanntes Memorandums aus der Hand des Gesandten Ottenfels im kroatischen Staatsarchiv Zagreb erhärten. Insgesamt wird die Logik der österreichischen Politik deutlich, im Geflecht der internationalen Interessen die kritische Lage des Zaren auszunutzen (polnischer Aufstand, Russophobie der britischen Politik, gefährliche Mittelmeerpräsenz britischer und französischer Kriegsschiffe); der Zar war auf die konziliante Politik Österreichs angewiesen; Metternich wusste geschickt und beharrlich damit zu kalkulieren. Der Verfasser weist somit zu Recht Unterstellungen der Zeitgenossen und späterer Geschichtsschreibung zurück, der Staatskanzler habe untätig eine russische expansive Politik in den Donaufürstentümern tole-

riert. Das Gegenteil war der Fall: Metternich betrieb eine nicht lautstarke, aber umso effektivere Interessenpolitik, die auf dem Wege maßvoller Schritte mehr erreichte als durch gewaltandrohende Proklamationen, wie es von britischer und englischer Seite aus gewünscht wurde.

20.) Sultan Mahmuds II. Reforminitiative (S. 518)

Mit diesem Kapitel erweist der Verfasser den österreichischen Staatskanzler unter den europäischen Politikern als denjenigen, der am besten über die inneren Verhältnisse und Probleme des Osmanischen Reiches informiert war. Metternich erkannte das dialektische Dilemma, dass der Islam das unentbehrliche Bindemittel des heterogenen Reiches war und zugleich dessen fortschrittliche Entwicklung auf dem Wege zu Reformen verhinderte. Šedivý weist zugleich Urteile über die vermeintliche Reformfeindlichkeit Metternichs zurück und belegt dies anhand zahlreicher Urteile des Staatskanzlers, wie der desolote Zustand des Osmanischen Reiches geheilt werden könne. Das zeigt der Verfasser deutlich an der differenzierten Bewertung Metternichs, der die Reformen des ägyptischen Vizekönigs ausdrücklich guthieß, die oberflächlichen, halbherzigen und zumeist eher kosmetischen Versuche des Sultans aber für verfehlt hielt. Die Studie bescheinigt dem Staatskanzler in dessen Blick nach außen somit eine Offenheit für Reformen, wie er sie auch gegenüber dem Innern bewiesen hatte (vgl. *Egon Radvány: Metternich's Projects for Reform in Austria. The Hague 1971*).

Das Kapitel vermittelt teilweise bizarre Einblicke in die inneren Verhältnisse des Sultanats, ganz abgesehen von dem Alkoholismus des islamischen Oberhauptes. Es werden dabei die konstanten Grundüberzeugungen Metternichs deutlich: Reformmodelle seien nicht ohne weiteres übertragbar, sondern müssten sich den konkreten Gegebenheiten anpassen, müssten historische (auch religiöse islamische) Traditionen achten, dürften die Souveränität der legitimen Gewalt nicht infrage stellen und hätten behutsam zu erfolgen und die Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen.

21.) Osmanische Militärreformen (S. 538)

Hier vermittelt der Verfasser bemerkenswerte Einblicke in den inneren desolaten Zustand des türkischen Heerwesens und zeigt, wie entscheidend dies vom individuellen Charakter der Politiker und den engsten Beratern am Hof des Sultans im Dunste der Günstlingswirtschaft abhing. Es ist erstaunlich, wie viele Details über den inneren Zustand Šedivý aus der diplomatischen Korrespondenz ziehen konnte. Er sieht es richtig, dass die türkische Gegenüberlieferung zu verarbeiten seinen Arbeitsrahmen übersteigen würde und ein künftiges Desiderat der Forschung darstellt. Seine neuen Erkenntnisse bleiben reichhaltig genug. Das sind zusammengefasst: das intensive Engagement Metternichs, der die Militärausbildung und -reform unter österreichischen Einfluss stellen wollte, koordiniert mit Preußen und dem Zaren; den französischen Einfluss wollte er demgegenüber zumindest in Konstantinopel begrenzen, nachdem dies bei Mehmet Ali in Ägypten nicht gelungen war. Man erfährt viel über die kontinuierlichen Kontakte zwischen dem Sultan und dem österreichischen Staatskanzler, aber auch viel darüber, wo Übernahmen europäischer Muster des Militärwesens missglückten und worin die europäischen Mächte vor Ort in Konstantinopel rivalisierten. Der Verfasser schätzt den Einfluss Österreichs bzw. genauer Metternichs auf die türkische Militärorganisationen trotzdem als begrenzt ein, hält ihn jedoch soweit für erfolgreich, als der französische, für Metternich revolutionär infizierte Einfluss bei der Ausbildung der türkischen Offiziere zurückgedrängt werden konnte.

22.) Das Ausmaß des österreichischen Einflusses in Konstantinopel (S. 564)

Dieses Kapitel hat abermals Überblickscharakter für die gesamte behandelte Epoche. Behutsam und kenntnisreich versucht der Autor, Österreichs Einfluss am Hofe in Konstantinopel zu gewichten. Dies geschieht vor dem Hintergrund der rivalisierenden und konkurrierenden Groß-

mächte. Šedivý macht plausibel, dass letztlich Metternichs defensive, im entscheidenden Fall auch militärisch neutrale Haltung (1829 zum Beispiel bei der Verweigerung einer Allianz gegen Russland) den Erfolg und Einfluss beeinträchtigte. Um den (letztlich geringen) Einfluss zu ermessen, verlässt sich der Verfasser nicht allein auf die diversen Lagebeurteilungen von Gesandten. Er prüft auch an zwei Einzelfragen, die Österreich besonders interessierten, dass letztlich der Einfluss nicht durchschlug (eine kleinere Territorialfrage hinsichtlich der dalmatinischen Küste und die schleppende Zurückzahlung österreichischer Unterstützungsdarlehen). Das Bild wird bereichert durch plastische Persönlichkeitsskizzen der maßgeblichen diplomatischen Geschäftsträger auf österreichischer und türkischer Seite. Das gesamte Kapitel bezeugt, wie der Verfasser sich von seinem großen Thema nicht gefangen nehmen lässt, denn kritisch und kühl abwägend konstatiert er den letztlich geringen Einfluss Österreichs in Konstantinopel. Etwas stärker sollte allerdings betont werden – wie es ja andere Kapitel demonstrieren –, dass Österreichs Rolle im Kräftespiel der Pentarchie demgegenüber als beträchtlich einzuschätzen ist – auch im Hinblick auf Fortbestand und Konsolidierung des Osmanischen Reiches.

23.) Die ägyptische Frage und der Anfang der zweiten Mehmet-Ali-Krise (S. 593)

Dieses Kapitel demonstriert das Krisenmanagement der fünf Großmächte in der Orientfrage am Rande eines großen europäischen Krieges und außerdem in einem dann stattfindenden begrenzten militärischen Konflikt. Die Ausführungen dokumentieren, dass das System der Pentarchie noch ein Jahr vor seiner großen Belastungsprobe funktionierte und letztlich den Gang der Ereignisse entscheiden konnte. Das Bild des ägyptischen Vizekönigs Mehmet Ali erscheint dabei erheblich differenzierter, als es üblicherweise gezeichnet wird; er wird beschrieben als ein diplomatisch erfahrener, kühl kalkulierender und rationaler, vor allem auch berechenbarer Politiker. Metternich schätzte ihn richtig ein. Offenkundig wird die gemeinsame Politik Metternichs mit Großbritannien zur Eindämmung des Vizekönigs, und das im Einvernehmen mit dem problematischen Palmerston; auch Frankreich beteiligte sich an der gemeinsamen Politik, welche aber konterkariert wurde durch die äußerst schädliche, intrigante, Metternich desavouierende Einflussnahme Ponsonbys. Die maßgebliche Rolle Metternichs bei der Friedenswahrung und Friedenswiederherstellung wird vorzüglich herausgearbeitet, außerdem die Eigeninitiative des Gesandten von Prokesch, der beim Krisenmanagement eine diplomatische Intervention der fünf Großmächte zu Stande brachte und dadurch seine Sternstunde hatte.

24.) Der Plan für eine Wiener Konferenz zur Orientfrage (S. 623)

Selbst im Umkreis der Orientkrise von 1839 blieb für Metternich die Funktionsfähigkeit des Systems der Pentarchie oberste Maxime seiner internationalen Politik, welche den europäischen Frieden dauerhaft sichern sollte. Dabei bekundete Metternich energisch eine ihm oft abgesprochene Konsistenz und gleichbleibende Zielstrebigkeit in seinem politischen Handeln. Andererseits offenbarte sich aber auch die Zerbrechlichkeit dieser Konstruktion, da sie jeweils durch die Einzelinteressen der Großmächte paralysiert zu werden drohte. Es war 1839 gerade die bilaterale Verständigung zwischen Russland und Großbritannien, welche das System, konkret: eine in Wien von Metternich geplante Konferenz der fünf Mächte, scheitern ließ. Das löste nachweislich einen großen persönlichen Schock bei dem Staatskanzler aus, denn dieser sah sich von seinem wichtigsten Verbündeten, dem Zaren Nikolaus I., verraten. Hier würde es sich eigentlich anbieten, die Analyse über den Horizont der Pentarchie hinaus zu erweitern, denn diese Handlungsweise Russlands und Großbritanniens lässt sich nicht mehr aus der Mechanik der Pentarchie erklären: hier wirkte die spezifische Interessenlage zweier „Global Player“, bei denen moderne Deutungen der Imperienbildung für diese weltpolitische Epoche zusätzliche interessante Erklärungsansätze liefern könnten (zum Beispiel *Herfried Münkler: Imperien. Berlin 2005*). Metternichs persönlicher Zusammenbruch wurde – was betont werden sollte – gleichzeitig noch durch

sein innenpolitisches Scheitern an Staatsminister Kolowrat verstärkt, welcher die Pläne des Ministers zu einer groß angelegten inneren Verwaltungsreform des Reiches zu Fall gebracht hatte.

25.) Auf dem Weg zur Londoner Konvention für die Befriedung der Levante (S. 646)

Das Kapitel erläutert das Zustandekommen des Londoner Protokolls vom 15. Juli 1840; es umfasste die Viermächtevereinbarung mit dem Sultan unter Ausschluss Frankreichs. Der Verfasser korrigiert zu Recht die Annahme *Schroeders*, Metternich habe einen Keil zwischen Frankreich und Großbritannien treiben wollen (Seite 651), und belegt die Konstanz des Staatskanzlers, am Prinzip der Einmütigkeit unter den großen Fünf festzuhalten. Dies führte hier, wie auch sonst mehrfach nachgewiesen, zu einer beachtlichen Kooperation zwischen Metternich und Palmerston bis hin zur Bereitschaft, dass sich Österreich an militärischen Zwangsmaßnahmen gegenüber dem ägyptischen Vizekönig beteiligen wollte. Hier ist zu bemerken, dass im Bild der bisherigen Forschung Metternich und Palmerston als absolute Antipoden, ja geradezu als Exponenten eines West- und eines Ostblocks gesehen werden. Von dieser Vorstellung wird man sich nun endgültig zu verabschieden haben.

Auch wird der Weg Frankreichs in die Isolation hergeleitet aus dem innenpolitischen Druck zur Revision der internationalen Politik. Hervorzuheben sind Metternichs globale Reflexionen, d.h. dass er über den Horizont der Pentarchie hinaus Großbritanniens globale imperiale Beziehungen und Engagements überhaupt erkannte und als maßgeblich einkalkulierte, um die Operationsweise Palmerstons in Europa richtig einzuschätzen. Metternich begriff frühzeitig das hohe Kriegsrisiko, dass darin lag, Frankreich aus der gemeinsamen Mächtepolitik auszuschließen, wobei richtigerweise dargelegt wird, dass es sich hierbei eigentlich um eine Selbstaussgrenzung der französischen Politik handelte.

26.) Die Rheinkrise (S. 666)

Dieses Kapitel nimmt im Rahmen der gesamten Untersuchung eine Sonderstellung ein, weil es ungewöhnlich intensiv die Verflechtung innerer und äußerer Faktoren in der Politik Metternichs offenbart und zugleich dessen Meisterschaft darlegt, gleichsam wie ein Jongleur mit mehreren Kugeln auf einmal zu operieren. Er vermochte gleichzeitig zu berücksichtigen:

- den innerarabischen Konflikt zwischen Konstantinopel und Alexandria,
- das labile Kräfteverhältnis innerhalb der Pentarchie,
- die Sonderrolle Frankreichs und dessen Abhängigkeit von der inneren öffentlichen Meinung,
- die innere habsburgische Opposition unter der Führung Kolowrats gegen Metternich und den damit verbundenen Zwang der desolaten Finanzlage des Staates,
- die Eigendynamik des Deutschen Bundes und die hervortretende Rolle Preußens nach dem Thronwechsel 1840,
- die innere nationale Mobilisierung der Öffentlichkeit in Deutschland.

Hier gelingen Šedivý nicht nur wichtige Korrekturen zum Metternichbild insgesamt, sondern darüber hinaus in einzelnen Aspekten ganz neue Erkenntnisse. Die wichtigste Erkenntnis liegt in dem – bisher in den großen Synthesen zur internationalen Politik kaum wahr genommenen – Projekt Metternichs zu einem europäischen Völkerbund, vorgetragen in Anwesenheit zahlreicher Diplomaten in seiner Sommerresidenz Königswart. Šedivý kann als erster diesen Plan umfassend erörtern und würdigen, weil er die Berichte der anwesenden Diplomaten an ihren Heimatorten in den heute zuständigen Nationalarchiven aufgespürt hat, also in Berlin, Wien, Rom, Moskau und London (Seite 674, Anm. 2073). Er geht dabei über Frederick Stanley Rodkey hinaus, der 1930 schon einmal darauf aufmerksam gemacht hatte, weil er ihn nun in der Synopse aller Beteiligten darstellen kann.

Ebenso neu ist die Erkenntnis, dass Metternich im Fortgang der Rheinkrise den Deutschen Bund als militärisch ernst zu nehmenden Faktor bewertete und die stimulierenden öffentlichen Bekundungen während der Welle nationaler Erregung Rheinkrise nicht als ‚revolutionär‘ klassifizierte, sondern sie als Stärkung des Deutschen Bundes ausdrücklich begrüßte. Auch wird die zurück gewonnene Dominanz im preußisch-österreichischen Verhältnis deutlich. Schließlich erweist sich Metternichs behutsames Vorgehen in einer national aufgeheizten Krisenlage zwischen Frankreich und Deutschland als erfolgreich, in welcher der Staatskanzler alle Gefahren des Entgleitens in den Krieg erkannte und mögliche Maßnahmen der Eskalation vermied. Insgesamt ist Šedivý mit diesem Kapitel ein kleines Meisterstück gelungen, indem er vorführt, wie die Handlungsebenen zwischen dem Orient und dem Rhein zusammenhingen und auch im Kombinieren des leitenden Ministers bewusst wahrgenommen worden waren. Die Kritik an *Schroeders* Unterschätzung des Deutschen Bundes im europäischen System ist nach Berücksichtigung der neu vorgelegten Dokumente vollkommen plausibel.

27.) Die Kampagne in Syrien (S. 697)

Hier demonstriert der Autor eindrücklich, in welcher Weise Metternich in der Orientkrise militärische Mittel im Dienste seiner Diplomatie einzusetzen bereit war. Wenn sich das österreichische Militär auch nur mit geringen Kräften an Bodentruppen und Kriegsschiffen beteiligte, waren deren Erfolge doch auch schon in den Augen der Zeitgenossen von kaum zu unterschätzender Bedeutung für die österreichisch-britisch-türkische Allianz, wobei man gleichzeitig die potentiellen französischen Ambitionen zugunsten des ägyptischen Vizekönigs erfolgreich zurückwies. Offenkundig ist auch, dass für Metternich die Diplomatie die militärischen Aktionen beherrschen und lenken musste. Das gelang zwar nicht vollständig und zeigte sich am eigenmächtigen Vorstoß der Gesandten in Konstantinopel ebenso wie am ebenso eigenmächtigen Abkommen des britischen Admirals Napier mit Mehmet Ali. Jedenfalls war aber die Einwirkung der vier europäischen Großmächte ohne Frankreich funktionsfähig; außerdem war bei diesem Verfahren im Sinne Metternichs die Souveränität des Sultans respektiert worden, was sogar Palmerston akzeptierte.

28.) Die Damaskus-Affäre (S. 714)

Dieses Kapitel legt noch einmal wie das vorausgegangene (Kap. 12 zum Philhellenismus) und das folgende (Kap. 29 zur Religionspolitik) den Akzent auf eine kulturhistorische Frage: Mit der Judenverfolgung während der so genannten Damaskus-Affäre wird die Gesellschafts- und Religionspolitik im Osmanischen Reich charakterisiert im Widerstreit internationaler, religiöser und humanitärer Interessen. Šedivý hebt Metternichs bisher nur wenig wahrgenommenes Engagement in einer humanitären Frage heraus. Sie lassen ihn als führenden Politiker nach 1815 im Kampf gegen diesen neu aufkommenden Antisemitismus geradezu singulär erscheinen – im Gegensatz zu den wachsenden Ressentiments und Agitationen seitens der französischen Regierung in Damaskus und Paris und ihrer diplomatischen Vertreter, im Gegensatz auch zu Stimmen aus dem Deutschen Bund und der liberalen Publizistik, im Gegensatz gleichfalls zum Kirchenstaat und zu den Christen im Osmanischen Reich und insbesondere in Syrien. Der Verfasser verkennt dabei aber nicht Grenzen, welche auch der Staatskanzler artikulierte, zum Beispiel mit seinen Vorbehalten gegenüber einem eigenen jüdischen Staat in Palästina unter britischem Protektorat. Dieser von Palmerston unterstützte Plan hätte nach den Prinzipien Metternichs die Souveränität des Osmanischen Reichs sowie dessen inneren Religionsfrieden gefährdet. Das Kapitel erweist einmal mehr die Politik religiöser Toleranz unter dem Islam im Gegensatz zu den religiösen fanatischen Gruppen christlicher Provenienz im Osmanischen Reich. Der Verfasser stellt die Frage des Antisemitismus und Metternichs Distanz dazu auch zutreffend in größere historische Zusammenhänge und weist dabei vereinfachende Pauschalierungen, etwa zu Metternichs vermeintlicher Abhängigkeit von den Rothschilds, mit guten Argumenten zurück.

29.) Die Syrische Frage (S. 731)

Dieses Kapitel vermittelt unter allen den intensivsten Einblick in innerer Verhältnisse und Konflikte des Osmanischen Reiches, und zwar konzentriert auf die Religionspolitik; es zeigt zugleich, wie erheblich die europäischen Mächte tatsächlich doch in die inneren Verhältnisse eingegriffen haben und damit zugleich – wie ganz ausgeprägt im französischen Falle – eigene Interessen verfolgten. Šedivý arbeitet heraus, wie intensiv Metternich in der religiösen Materie bewandert war, so dass es ihm gelang, einen Kompromiss zu vermitteln, der den Sultan veranlasste, die Toleranzpolitik gegenüber den Katholiken in Syrien zu kodifizieren. Der Staatskanzler wies dabei ein Bündel anderer Optionen zurück, die zeitgleich verhandelt wurden, nämlich

- den Sonderstatus Jerusalems zu installieren vergleichbar der Freien Stadt Krakau (Vorschlag Frankreichs/Guizot),
- ein europäisches Protektorat über die Heiligen Stätten (Preußen/Friedrich Wilhelm IV.),
- die Gründung eines palästinensischen Staates unter britischem Protektorat (Großbritannien/Palmerston).

Metternichs Vorschlag eines osmanischen Beauftragten für Religionsfragen in Jerusalem fand schließlich die Zustimmung aller Beteiligten und bestätigte einmal mehr die Beständigkeit des Staatskanzlers in seiner internationalen Politik, die Souveränität eines Staates/Imperiums zu respektieren und auf dessen innere Verhältnisse nur einvernehmlich einzuwirken, so dass Österreich bei den betroffenen Christen in Syrien als die eigentliche Schutzmacht begriffen wurde. Wie komplex die Sachlage trotzdem bei Metternich war, demonstriert der Verfasser mit der Bereitschaft des Staatskanzlers, die einheimische maronitische (katholische) Bevölkerung in Syrien im Aufstand gegen den Okkupator aus Ägypten zu ermuntern, um die alliierte Streitmacht gegen diesen zu stärken. Metternich ermunterte hier also zum Aufruhr!

Bemerkenswert sind auch die Einblicke in die Funktionsweise des osmanischen Imperiums: Einerseits postulierte es eine konsequente Toleranzpolitik gegenüber Andersgläubigen; andererseits konnte es wegen des staatlich heterogenen Charakters und der damit verbundenen Eigenmächtigkeit lokaler Potentaten diese Politik nicht konsequent exekutieren. Deshalb konnte gleichwohl religiös bedingte Verfolgung geschehen und dadurch das Außenbild des Osmanischen Reiches beschädigt werden. Bezeichnenderweise entzündeten sich diese Verfolgungen weniger am Islam als an den Differenzen zwischen den verschiedenen christlichen Glaubensrichtungen untereinander und zwischen den unterschiedlichen Nationalitäten (Armeniern, Druzen, Syrern etc.). Insgesamt ist hier Šedivý mit der vorgelegte Teilstudie zur Syrischen Frage ein weiteres Meisterstück zum Zusammenspiel innerer und internationaler äußerer Politik gelungen.

30.) Mustafa Reshid Pasha und die Tanzimat-Reformen (S. 770)

Das Kapitel enthält im Hinblick auf Metternichs Orientpolitik einen doppelten Erkenntnisgewinn: Einerseits beleuchtet es nun von der Seite der führenden osmanischen Außenminister her den beträchtlichen Einfluss des Staatskanzlers auf die Substanz der 1839 erlassenen verfassungsähnlichen Deklaration (Hatt-i Sharif von Gülhane). Durch intensive Aktenstudien, verbunden mit einem wichtigen Fund im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv, weist Šedivý nach, wie die beiden führenden türkischen Politiker in unmittelbarem persönlichen Austausch mit Metternich dessen Vertrauen und Rat suchten, so dass das vorherrschende Bild korrigiert werden muss, die 1839 einsetzende epochale Reformperiode (Tanzimat) sei maßgeblich durch französischen und britischen Einfluss in Gang gekommen: Tatsächlich gab Metternich die entscheidenden Impulse in prinzipiellen und praktischen Fragen (hier hätte sich der Leser noch einige konkretere Aufschlüsse gewünscht, was die damit verbundene „moderne Regierung“ im westlichen Sinne ausgezeichnet habe). Zugleich revidiert Šedivý erneut das Bild des vermeintlich reformfeindlichen, reaktionären Staatskanzlers – im Gegenteil stellt er diesen in den Zusammenhang eines über-

greifenden europäischen Reformkonzepts, an welchem neben Frankreich und Großbritannien eben auch Österreich Teil hatte, allerdings unter Bedingungen eines multinationalen Imperiums, das genauer auf vorhandene Traditionen Rücksicht zu nehmen glaubte. Besondere Kraft verwendet Šedivý zu Recht darauf, unbegründete, in der Historiographie weitgereichte Gerüchte zurückzuweisen, Metternich habe durch eine Intrige den reformengagierten Minister Reshid Pasha aus dem Amt zu entfernen geholfen. Die vorgelegten Zeugnisse, die Metternich als entschiedenen Befürworter der türkischen Reformen erweisen, sind schlagend. Mit diesem Kapitel gerät der Verfasser allerdings in einen gewissen Widerspruch zu der in Kapitel 22 festgestellten relativen Einflusschwäche Österreichs auf die osmanische Politik. Vermutlich zielt die Bewertung dort mehr auf die Außenpolitik.

31.) Das Ende der zweiten Mehmet-Ali-Krise (S. 794)

Das Schlusskapitel endet folgerichtig mit der Unterzeichnung des Londoner Protokolls vom 13. Juli 1841. Es offenbart noch einmal die Grundprinzipien Metternichscher Politik:

- die Belebung der Pentarchie durch Wiedereinbeziehung Frankreichs,
- den Maßstab eines europäischen Völkerrechts,
- eine damit verbundene Einbeziehung des Osmanischen Reiches,
- die Begründung eines dauerhaften Friedenszustands im Interesse Europas, nicht nur der fünf Großmächte.

Die Grenzen dieser Politik wurden gleichermaßen sichtbar, besonders markant in dem gescheiterten Projekt einer dauerhaften Expertenkonferenz für die Orientalische Frage in Wien sowie dem Misserfolg, Russland einen verbrieften dauerhaften Verzicht auf eine Expansion in den Balkan hinein abzurufen. Die Einzelinteressen der imperialen Flügelmächte, personifiziert in Palmerston und Zar Nikolaus I., standen dem entgegen. Bemerkenswert ist dabei, wie viel Spielraum die Eigenmächtigkeit eines einzelnen Gesandten (besonders Ponsonby) erlangen konnte, um die koordinierte Politik der fünf Mächte zeitweilig zu hintertreiben. Auch auf dem Weg zu einer abschließenden Friedensregelung wird Metternichs weitreichende Umsicht erkennbar, was er gleichzeitig im Auge zu behalten fähig war: die empfindlichen Interessen Frankreichs, die damit verkoppelten Ambitionen Mehmet Alis, die sich abzeichnenden deutschen inneren Unruhen, die Unberechenbarkeit des Sultans, die Abhängigkeit von Hofcliquen in dessen Umkreis, die eigenen Interessen Russlands – alles das war Metternich gleichzeitig gegenwärtig, als er versuchte, zu einem allseits verträglichen Kompromiss zu gelangen.

Resümee:

Generell vermittelt die Studie höchst differenzierte und teilweise vollkommen neue Einblicke in die Dynamik der Mächtebeziehungen während der 1820er und 1830er Jahre. Der Verfasser setzt sich strenge Grenzen, um die Aufgabe, die er sich gestellt hat, überhaupt bewältigen zu können. Er hebt den Staatskanzler Metternich und das politische Handeln der Habsburgermonarchie in den Mittelpunkt seines Interesses. Mit guten Gründen lehnt er es ab, eine Gesamtgeschichte der internationalen Politik dieser Epoche *aus der Sicht aller fünf Großmächte à la Schroeder* neu zu schreiben; ebenso wenig will er eine Biografie des Staatskanzlers verfassen, wenn er sich mit dessen Handeln und Prinzipien beschäftigt. Erst unter dieser methodischen Selbstbeschränkung ist es ihm möglich, in nahezu erschöpfende Weise die einschlägige Archivüberlieferung zur Orientalischen Frage aus nicht weniger als vierzehn internationalen Archiven auszuwerten. Das hat bisher niemand geleistet. Im Gegenteil krankte die bisherige For-

schung daran, dass zumeist die immer selben gedruckten Quellen in neuer Bewertung und Deutung zu Grunde gelegt wurden (darunter die nicht unproblematischen „*Nachgelassenen Papiere*“ Metternichs und die kaum weniger fragwürdigen Editionen zu Castlereagh, Wellington, Palmerston, Nesselrode etc.). Selbst die gelehrte Biografie *Heinrich Ritter von Srbiks* stützt sich ganz überwiegend nur auf solche gedruckte Überlieferung. Dabei wurden nicht wenige Stereotype und Fehldeutungen, insbesondere was die Intentionen der Handelnden betrifft, immer weitergereicht.

Ein Wort zur Dokumentation von Forschung und Quellen ist angebracht. Der Autor folgt hier in etwa formal der Zitiermethode *Schroeders*, die zwei Arten der Nachweise anbietet. Wo es darum geht, die Materialbasis zu dokumentieren, aus welcher der Verfasser die Aussagen eines Abschnitts geschöpft hat, wählt er die summierende Aufzählung von Belegen. Wo er hingegen ein besonderes Zitat verifizieren muss, greift er zum Einzelnachweis. Stichproben zu gedruckten und mir verfügbaren ungedruckten Zeugnissen haben stets die Zuverlässigkeit der Nachweise ergeben.

Dem Verfasser gelingt es aufgrund einer unbestechlichen, kritischen Durchsicht der erreichbaren diplomatischen Korrespondenzen und persönlichen Schriftwechsel, zahlreiche Fehlurteile zu korrigieren. Er hält sich nicht lange auf mit methodologischen Erörterungen zur Theorie der internationalen Beziehungen, der Strukturgeschichte bzw. zu unterschiedlichen „Turns“ (cultural, spacial etc.) der Geschichtsschreibung. Er erachtet auch die Auseinandersetzung, ob Metternich mehr im österreichischen oder im europäischen Interesse gehandelt habe, für fruchtlos, weil es schwer zu entscheiden sei, was tatsächlich das europäische Interesse gewesen sei: die Bewahrung eines allgemeinen Friedens, die Ausbreitung von freiheitlichen Ordnungen oder die Errichtung von Nationalstaaten.

Richtig betrachtet, wird die kluge Selbstbeschränkung des Autors zu seinem eigentlichen Kapital, denn sie erlaubt ihm eine Geschichtsanalyse von Grund auf. Er springt somit gleich *medias in res* und durchleuchtet die zwei Jahrzehnte, indem er sich Kapitel um Kapitel und Thema für Thema vorarbeitet und dabei die Handlungsabläufe und krisenhaften Brennpunkte auskundschaftet – unvoreingenommen, kritisch und entschieden, aber ohne jede Polemik. Šedivýs Interesse ist auf die Akteure zentriert, d.h. er fragt nach den äußerlich sichtbaren und den eigentlichen tieferen Absichten Metternichs und seiner Kollegen; er bewertet ihre Bekundungen und Handlungen danach, ob sie als taktisch, pragmatisch, doktrinär, langfristig oder rational einzuschätzen seien. Der Verfasser beschränkt sich aber nicht nur auf diese hier skizzierte personale Perspektive, sondern er orientiert seine Beobachtungen stets an dem bisherigen Kenntnisstand, welcher akribisch und gewissenhaft die einschlägige Forschung bis in ihre letzten Verästelungen hinein berücksichtigt. Šedivý konzentriert sich zwar auf Metternich und die habsburgische Politik,

aber er begnügt sich dabei keineswegs mit einer engen diplomatiegeschichtlichen Betrachtungsweise, sondern er hat jeweils die Komplexität der Probleme vor Augen, d.h. er berücksichtigt auch die ökonomischen, militärischen, religiösen und begrenzt sogar die sozialen Dimensionen der Handlungsabläufe. Nicht zuletzt muss man betonen, dass Herr Šedivý sich einem Untersuchungsfeld zuwendet, das selbst für die Geschichte des internationalen Staatensystems nur höchst bruchstückhaft, nämlich bevorzugt zwischen den Jahren 1815 und dem Höhepunkt der Kongressdiplomatie 1822/23 sowie den Jahren um 1829/30 und um 1839/40 intensiv erforscht worden ist, während beide Jahrzehnte in ihrem vollem Umfang keineswegs systematisch berücksichtigt wurden, und das bisher ganz überwiegend auch nur nach der Kenntnis der publizierten Aktenlage, kaum auf der Basis der viel reicheren archivalischen Überlieferung.

Worin liegen die zentralen Resultate?

Die Studie erweist von Grund auf die enorme Bedeutung des Osmanischen Reiches für die Habsburgermonarchie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Man kannte zwar bisher das Diktum Metternichs, wenn das eine Imperium zusammenstürze, würde das andere nachfolgen; Šedivý hat als erster bewiesen, warum und inwiefern diese Aussage zutrif. Er schließt dabei (natürlich begrenzt auf seine spezifische Problematik der Orientfrage und der Rolle des Osmanischen Reiches innerhalb der Pentarchie) eine Lücke, welche auch die österreichische Geschichtsforschung bisher immer offen gehalten hatte. Überhaupt hatte diese die Ära zwischen 1815 und 1848 eher vernachlässigt, denn es ist kein Zufall, dass die monumentale Serie „*Die Habsburgermonarchie*“ der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in den bisher erschienenen neun Teilen nur die Epoche von 1848 bis 1918 umspannt.

Es ist ein besonderes Verdienst der Untersuchung, dass der Verfasser sich nicht auf die traditionelle Dimension der internationalen Politik beschränkt, sondern insbesondere auch die ökonomischen Interessen und die Religionskonflikte für seine Deutung verarbeitet hat.

Außerdem trägt die Studie viel dazu bei, die bisher vernachlässigte internationale Politik nach 1823 und besonders nach 1830 in ihrer Kontinuität sichtbar zu machen und zu beweisen, dass die Funktionsfähigkeit der Pentarchie sich nicht auf die frühen Jahre nach dem Wiener Kongress beschränkte, sondern permanent im Gesichtsfeld der führenden Großmachtpolitiker lag.

Man kann Šedivýs Resultate kontrastieren mit der 2009 erschienenen Habilitationsschrift von Matthias Schulz („*Normen und Praxis. Das Europäische Konzert der Großmächte als Sicherheitsrat 1815 – 1860*“), um festzustellen, worin seine eigentliche Leistung liegt. Schulz beansprucht, die Geschichte der internationalen Beziehungen mit einem politikwissenschaftlichen Konzept neu zu deuten. Tatsächlich fußt er aber bis 1848 lediglich auf gedrucktem Material, bevorzugt auf den Konferenzprotokollen, und das nicht zeitlich konsequent, sondern bruch-

stückhaft. Das heißt, er schleppt alle alten Klischees und Vorurteile ungeprüft weiter, die es bisher schon gab. Anders gesagt: Es hilft nichts, ein schönes Haus zu bauen, wenn das Fundament aus Sand ruht. Šedivý machte sich als erster und bisher einziger die Mühe, die Gesandtschaftsberichte sämtlicher fünf Großmächte über zwei Jahrzehnte hinweg systematisch zu werten. Es gelingt ihm erst dadurch, aus den dort ausgebreiteten Kontroversen, mitgeteilten Intentionen und Wertungen zu rekonstruieren, was die Beweggründe, Hindernisse und Winkelzüge dieser europäischen Politik waren. Schulz kennt im Prinzip diese Ebene der Politik nicht, macht aber permanent Aussagen über Ziele und Normen, als ließen sich diese allein den Konferenzprotokollen entnehmen.

Die vorliegende Studie gelangt mithin zu Erkenntnissen, welche die überkommenen Aussagen zum ‚Equilibrium‘ der Pentarchie (*Schroeder*) oder zu ihrer institutionellen Verfestigung in Form eines ‚Sicherheitsrats‘ (*Schulz*) grundsätzlich in Frage stellen. Auch die übliche Einteilung in einen „fortschrittlichen Westblock“, vornehmlich repräsentiert durch Canning und Palmerston (*Webster*), und einen einflussreichen „reaktionären Ostblock“, lässt sich nun nicht mehr halten. Was bisher immer grundsätzlich ignoriert wurde, hebt der Autor in der Synopse der zwei Jahrzehnte hervor: die immer wieder gelingende Kooperation der Antipoden Metternich und Canning/Palmerston.

Šedivý dekonstruiert damit etablierte Vorstellungen. Ein lebhaftes Echo wird ihm sicher sein. Indem er Zug um Zug die Arbeitsweise und die begleitenden Motive der beteiligten Mächte erstmals auf dem Feld der Orientalischen Frage systematisch durchleuchtet, liefert er zugleich Resultate für ein Urteil über das System überhaupt. Der Verzicht auf einen deduktiven – theoretischen – „Approach“ erlaubt dem Verfasser eine höchst nüchterne Bilanz, welcher sich der Gutachter anschließen muss: nicht der Wille zu einem europäischen Völkerrecht zeichnet die Mächte der Pentarchie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus, sondern der Wille, jeweils ein vereintes Gegengewicht bilden zu können, wenn es galt, eine einzelne Macht in ihren mehr oder weniger imperialistischen Zielen zu zügeln. Das betraf auch die beiden „Global Player“, da Russland allein als kontinentale Macht den vereinten Streitmächten der anderen vier nicht gewachsen war und England als maritime Macht gleichfalls nicht die nötigen Bodentruppen zur alleinigen Dominanz besaß.

Das neue Bild, das Šedivý von den Fähigkeiten, der Kompetenz und den Maximen des österreichischen Staatskanzlers Metternich entwirft, entspricht vollkommen der gegenwärtig im Gang befindlichen Neubewertung, für die der Verfasser immer wieder auf *Alan Sked*, *Alan J. Reisman* oder *Guillaume-André Bertier de Sauvigny* rekurriert. Auch die kommende Biographie Metternichs aus der Hand des Unterzeichneten wird die von Šedivý vertretene Neubewertung des Staatskanzlers vollkommen bestätigen. Zu dem neuen Bild Metternichs gehört, dass dieser

wohl als einziger konsequent über die Jahrzehnte hinweg Grundsätze vertrat, welche über den Horizont bloßer Interessenpolitik hinauswiesen und eben das anstrebte, was Schroeder als moralische Quintessenz der Pentarchie für alle Beteiligten vor 1848 nachweisen wollte. Trotzdem sind wohl Vorbehalte angebracht, Metternich als singulär zu betrachten. Hier scheint sich das Problem der Generationen-Erfahrung zu stellen, also die Frage, ob Politiker wie Castlereagh oder Wellington nicht mit Metternich vergleichbar wären – im Gegensatz zu Canning, Palmerston, den Zaren und den französischen Königen. Aber das weist über den Rahmen der vorliegenden Studie hinaus.

Alles zusammengenommen handelt es sich bei der vorliegenden Untersuchung um eine gewaltige Leistung, welche die Kenntnis Metternichs, der österreichischen Orientpolitik und der internationalen Beziehungen in Europa zwischen dem Wiener Kongress und der Revolution von 1848 auf ein neues Fundament stellt. Wer immer sich mit dieser Epoche und diesen Dimensionen ihrer Geschichte beschäftigt, wird an dieser Studie nicht vorbeikommen.

Ich kann mit allem Nachdruck der Fakultät empfehlen, Miroslav Šedivýs Untersuchung „*Metternich, the Great Powers and the Eastern Question*“ als Habilitationsleistung anzuerkennen.



(Prof. Dr. Wolfram Siemann)